Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/2038

Der Bundesminister für Wirtschaft

IV C 3 - 91 10 47 / 08 80 10

Bonn, den 19. Juli 1967

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Granit- und Steinindustrie**

Bezug: **Kleine Anfrage der Abgeordneten Stücklen, Unertl, Schlager und Genossen**
— Drucksache V/1478 —

Ist die Bundesregierung im Hinblick auf die großen Absatzsorgen der deutschen Granit- und Steinindustrie und die damit verbundene überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit in diesem Erwerbszweig bereit, unverzüglich auf eine Beschränkung der Einfuhr auf ein erträgliches Maß für die Zeit hinzuwirken, die erforderlich ist, um den notwendigen Umstrukturierungsprozeß in diesem Erwerbszweig zu garantieren?

Die Kleine Anfrage vom 23. Februar 1967 beantworte ich im Namen der Bundesregierung wie folgt:

1. Die Schwierigkeiten in der bayerischen Granitindustrie beruhen letztlich auf Wandlungen der Nachfrage. Anstelle von Bord- und Pflastersteinen aus Granit werden immer mehr Betonsteinerzeugnisse verwendet. So ist die Produktion von Bord- und Pflastersteinen in den Jahren 1955 bis 1965 um 616 000 t zurückgegangen, während die Produktion von Bordsteinen aus Beton in der gleichen Zeit um rund 1,9 Millionen t und von geteertem und asphaltiertem Material um rund 6,9 Millionen t gestiegen ist. Zu dieser Entwicklung hat der Preisunterschied wesentlich beigetragen; Granitbordsteine sind rund dreimal so teuer wie entsprechendes Betonsteinmaterial.

   Die durch diese Substitutionskonkurrenz bedingte Lage der Granitindustrie hat sich im letzten Jahr durch die verschlechterte Finanzsituation der öffentlichen Auftraggeber

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

weiter verschärft, da diese Branche nahezu vollständig auf öffentliche Aufträge angewiesen ist.

Diese Tatsache ist sicherlich nicht ohne Einfluß auf die Beschäftigungslage geblieben. Es ist aber zu berücksichtigen, daß in der Natursteinindustrie während der Wintermonate die Produktion weitgehend ruht und vornehmlich Instandsetzungsarbeiten durchgeführt werden. Bis Ende Juni 1967 hat sich die Arbeitslosenzahl im Arbeitsamtsbezirk Passau, in dem sich das Zentrum der bayerischen Granitindustrie befindet, auf 87 Personen verringert.

Die Bundesregierung hat in der Vergangenheit mehrfach darauf hingewirkt, daß die Erzeugnisse der Natursteinindustrie, insbesondere der Granitindustrie, bei öffentlichen Aufträgen angemessen berücksichtigt werden. Außerdem kommen die im bayerischen Grenzgebiet gelegenen Unternehmen der Granitindustrie in den Genuß der Regelung für bevorzugte Bewerber bei öffentlichen Aufträgen. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Antwort der Bundesregierung vom 20. Juli 1966 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Unertl u. a. — Drucksache V/789. Die dort erwähnten Maßnahmen haben sich jedoch in Anbetracht der oben aufgezeigten Entwicklung nicht voll auswirken können.

2. Die Lage der bayerischen Granitindustrie kann entscheidend nur durch eine strukturelle Anpassung an die veränderten Marktverhältnisse, vornehmlich durch eine Ausschöpfung aller Kooperationsmöglichkeiten, verbessert werden. Hierauf hat die Bundesregierung mehrfach, zuletzt in der Fragestunde am 8. Dezember 1966, mit Nachdruck hingewiesen. In der jetzt zu beantwortenden Kleinen Anfrage ist diese Notwendigkeit anerkannt. Die bayerische Granitindustrie hat jedoch bisher noch nicht die für eine erfolgversprechende Erörterung notwendigen Tatsachenangaben gemacht; sie ist zuletzt am 16. Februar 1967 darum gebeten worden. Entsprechend den Beschlüssen des Wirtschaftskabinetts zur Frage struktureller Anpassungsmaßnahmen kann nur eine subsidiäre Mitwirkung im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe erfolgen, die voraussetzt, daß die Möglichkeiten der Gemeinschaftshilfe in der betroffenen Branche in vollem Maße genutzt werden. Ohne die aktive Mitarbeit der betroffenen Industrie läßt sich auch ein Zeitpunkt für die Verbesserung der jetzigen Entwicklung nicht absehen.

3. Soweit die Einfuhren von Bord- und Pflastersteinen die schwierige Lage der bayerischen Granitindustrie mit beeinflußt haben, möchte ich darauf hinweisen, daß diese Einfuhren vornehmlich aus Portugal stammen, wobei die bayerische Granitindustrie sich selbst in erheblichem Umfange daran beteiligt hat. Die Einfuhren zeigen übrigens seit dem

Jahre 1966 eine stark rückläufige Entwicklung; sie sind im Jahre 1966 gegenüber dem Jahre 1965 um rund 24% zurückgegangen.

Die Einfuhren aus Staatshandelsländern fallen gegenüber den Einfuhren aus Portugal nicht ins Gewicht.

Portugal gehört zu den weniger entwickelten OECD-Ländern, verfügt über weniger exportfähige Produkte und weist gegenüber der Bundesrepublik Deutschland eine passive Handelsbilanz auf.

Bei dieser Sachlage kann die Bundesregierung, wie bereits in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 10. Februar 1966 erklärt wurde, einfuhrbeschränkende Maßnahnahmen nicht anwenden.

In Vertretung

Dr. Schöllhorn